

Pressemitteilung

Kürzungsvorschläge zum EU-Haushalt gefährden heimische Landwirtschaft

Bauern dürfen nicht einseitig die Lasten des Brexits tragen

Die Ankündigung von EU-Haushaltskommissar Günther Oettinger, den EU-Agrarhaushalt ab 2021 um bis zu zehn Prozent kürzen zu wollen, stößt bei den heimischen Bäuerinnen und Bauern auf massive Kritik und Ablehnung. „Die im EU- und internationalen Vergleich sehr klein strukturierte bäuerliche Landwirtschaft in Österreich steht seit Jahren unter einem enormen wirtschaftlichen Wettbewerbsdruck. Es ist daher keinesfalls akzeptabel, dass die Bäuerinnen und Bauern nun die Zeche für die Kosten des anstehenden Brexits zahlen sollen“, warnt LK-Präsident Franz Reisecker vor den negativen Folgen für die heimische Agrarstruktur und ergänzt: „Bei den anstehenden Verhandlungen muss mit allem Nachdruck verhindert werden, dass der Rotstift bei den Bäuerinnen und Bauern angesetzt wird. Nur so kann eine flächendeckende Landwirtschaft auch in den Bergregionen sichergestellt und die Versorgung der Bevölkerung mit hochqualitativen Lebensmitteln gewährleistet werden“.

Brexit reduziert EU-Finanzierungsgrundlage

Der Austritt Großbritanniens aus der EU hinterlässt im EU-Budget nach Einschätzung der EU-Kommission eine jährliche Finanzierungslücke von 12 bis 14 Milliarden Euro. Die EU-Kommission überlegt nun, dass diese Lücke zur Hälfte durch die verbleibenden EU-Mitgliedsstaaten aufgefüllt und etwa sechs bis sieben Milliarden Euro tatsächlich eingespart werden sollen. Damit würden im EU-Agrarhaushalt künftig jährlich drei bis vier Milliarden Euro fehlen. Zudem will die EU-Kommission Ausgaben für neue Aufgabenfelder in den Bereichen Migration, Sicherheit und Verteidigung teilweise auch durch Mittelumschichtungen finanzieren, was den EU-Agrarhaushalt nochmals mit einer Milliarde Euro treffen würde. In Summe würden die Kürzungen für die Landwirtschaft damit auf einen Gesamtbetrag von fünf Milliarden Euro bzw. etwa zehn Prozent der bisherigen Agrarmittel hinauslaufen.

Wirksame Agrarpolitik braucht stabile Finanzierung

Agrarische Direkt- und Ausgleichszahlungen machen in Österreich aufgrund der kleinbetrieblichen Struktur und des hohen Anteils an Bergbauern durchschnittlich 71 Prozent der bäuerlichen Einkommen aus und sind damit ein existenziell unverzichtbarer Einkommensbeitrag. Die auf EU-Ebene zur Diskussion gestellten Kürzungen würden damit eins zu eins direkt auf die Bauerneinkommen durchschlagen. „Die finanziellen Lasten des Brexits bzw. die Finanzierung neuer EU-Aufgaben in den Bereichen Migration, Sicherheit und Verteidigung dürfen keinesfalls der ohnehin unter einem enormen wirtschaftlichen Wettbewerbsdruck stehenden Landwirtschaft aufgebürdet werden. Kürzungen würden vor allem kleinere Betriebe und Betriebe in benachteiligten Gebieten in ihrer Existenz gefährden. Die von EU-Haushaltskommissar Oettinger angestellten Überlegungen für Mittelkürzungen und Budgetumschichtungen zu Lasten der Landwirtschaft werden daher von der Landwirtschaftskammer mit allem Nachdruck abgelehnt“, warnt Reisecker vor unabsehbaren Folgen für die heimische Bauernschaft.



Die Bäuerinnen und Bauern wollen nicht die Zeche für die Kosten des anstehenden Brexits zahlen, erklärt LK-Präsident Franz Reisecker.

Bildnachweis: LK OÖ, Abdruck honorarfrei

Kontakt bei Rückfragen: Mag. Karl Dietachmair
Tel +43 50 6902-1300, karl.dietachmair@lk-ooe.at

Kontakt Öffentlichkeitsarbeit: Mag. Elisabeth Frei-Ollmann,
Tel +43 50 6902-1591, elisabeth.frei-ollmann@lk-ooe.at